

Kommt die Diesel-Nachrüstung doch noch?

Berlin. Nach dem Regierungs-Gutachten zur Diesel-Nachrüstung hält Umweltministerin Svenja Schulze die nötigen Umbauten an Motoren für machbar. „Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass wir Nachrüstungen wollen, wenn sie technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar sind. Das Gutachten zeigt, dass beide Bedingungen erfüllt sind“, sagte die SPD-Politikerin. „Die genannten Kosten von 1000 bis 3000 Euro pro Fahrzeug sind für die Hersteller kein zu hoher Preis, um die Gesundheit der Stadtbevölkerung zu schützen, Fahrverbote zu vermeiden und den Wertverlust der Diesel zu stoppen.“

Dazu komme, dass die Kosten wahrscheinlich noch deutlich sinken würden, wenn die Autobauer kooperierten. „Klar ist, dass die Hersteller als Verursacher des Problems die Nachrüstungen bezahlen müssen.“ Das CSU-geführte Verkehrsministerium verweist dagegen bislang auf „rechtliche, technische und finanzielle Bedenken“.

Am Freitag war ein Gutachten aus dem Januar bekannt geworden, das im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums die Machbarkeit des Einbaus einer besseren Abgasreinigung in ältere Diesel untersucht. Georg Wachtmeister von der Technischen Universität München kommt darin zu dem Schluss, dass Umbauten an Motoren von Euro-5-Fahrzeugen „mit vertraglichem Aufwand möglich“ seien. Genannt werden Kosten von rund 3000 Euro pro Auto. Damit ließe sich der Ausstoß von gesundheitsschädlichen Stickoxiden (NOx) senken.

Deutschland droht eine Klage der EU, weil in Dutzenden Kommunen die Luft zu stark mit Stickoxiden belastet ist. Die EU-Kommission hat die für Ende April erwartete Entscheidung aber vorerst verschoben. Bisher haben die Autobauer neue Abgas-Software für 2,8 Millionen Autos zugesagt. *dpa*

T-Mobile und Sprint besiegeln Fusion

New York. Der Zusammenschluss der Telekom-Tochter T-Mobile mit dem US-Rivalen Sprint ist beschlossen. Beide Unternehmen hätten am Sonntag ein „Business Combination Agreement“ vereinbart, eine verbindliche Vereinbarung, „um die beiden Gesellschaften zu einem größeren Unternehmen zusammen zu führen“, teilte die Telekom am Abend mit. Die deutsche Mutter soll an dem künftigen Unternehmen demnach 42 Prozent halten, die japanische Sprint-Mutter Softbank 27 Prozent. 31 Prozent gehen an freie Aktionäre. Eigentlich hatten die Telekom und der japanische Technologiekonzern Softbank das Ringen um eine Fusion ihrer US-Mobilfunktochter erst vor fünf Monaten offiziell eingestellt. Die Parteien beschneppern sich schon lange – der dritte Anlauf in vier Jahren brachte nun den Durchbruch. Ob die US-Kartellwächter dem zustimmen, ist noch offen. *dpa*

Weniger Zucker und Fett

Lebensmittel Ministerin Klöckner will das „Schönrechnen“ auf Verpackungen stoppen

Im Kampf gegen Übergewicht und Diabetes kommt es auf ausgewogenes Essen an – nicht nur für Kinder. Doch wie gut sind „Zuckerbomben“ zu erkennen? Die Ministerin will Etiketten schärfer in den Blick nehmen.

Berlin. Bundesagrarministerin Julia Klöckner setzt auf klarere Lebensmittel-Kennzeichnungen, um eine gesündere Ernährung voranzubringen. „Schönrechnen und Schönreden darf nicht sein“, sagte die CDU-Politikerin der Deutschen Presse-Agentur. Bei Klarheit und Wahrheit von Informationen auf den Packungen sei aber „noch Luft nach oben“ – etwa bei Nährwertangaben für bestimmte Portionsgrößen. Zum Beispiel hätten Angaben, was eine Portion Cornflakes oder Müsli sein solle, „oft nicht viel mit einem realistischen Verzehrverhalten zu tun“. Verbraucherschützer kritisieren seit langem, dass Hersteller zu kleine Mengen angeben, für die ein Kaloriengehalt genannt wird.

Klöckner betonte: „Ich will weder Geschmackspolizei sein noch jemandem vorschreiben, was er täglich essen soll. Da ist in einer freien Gesellschaft schon jeder selbst verantwortlich. Aber mit besseren Informationen auf der Verpackung und Ernährungsbildung will ich den Rahmen schaffen, dass man leicht eine gesunde und gute Wahl treffen kann.“

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD vereinbart, das System der Nährwertkennzeichnungen für verarbeitete Produkte zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Vorgegeben ist eine Tabelle, in der unter anderem der Gehalt an Zucker, Fett und Salz pro 100 Gramm genannt werden muss. Daneben sind Angaben für „Portionen“ möglich, bei denen Hersteller selbst festlegen können, wie viel Gramm dies sind.

„Wir müssen Angaben zu Nährwerten auch so visualisieren, dass eine Vergleichbarkeit da ist – aber ohne zu simplifizieren“, sagte Klöckner. Eine von Verbraucherschützern und SPD favorisierte Ampel-Kennzeichnung in den Farben Rot, Gelb und Grün je nach

Brüssel. Sollen Kinder schon von den ersten Lebensjahren an geimpft werden? Eltern und Ärzte streiten oftmals über diese Frage – die Brüsseler EU-Kommission hat sich jetzt klar positioniert: „Als Arzt bin ich sehr bestürzt darüber, dass Kinder sterben, weil das Impfangebot schlecht angenommen wird, weil Impf-Skepsis herrscht oder weil es an Impfstoffen fehlt“, sagte EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis. Er verwies darauf, dass sich die Zahl alleine der Masern-Erkrankungen in der EU zuletzt mehr als verdrei-



Bundesagrarministerin Julia Klöckner macht in Vorstoß zu mehr Transparenz bei Lebensmittelpackungen.

gehalt an Zucker, Salz und Fetten hat sie daher bereits abgelehnt.

Die Ministerin bekräftigte zudem, mit einer „Innovationsstrategie“ zu weniger Zucker, Fett und Salz in Fertigprodukten zu kommen. „Die Politik hat keine Rezepturen vorzuschreiben oder zu genehmigen.“ Sie wolle aber mit der Branche besprechen, welche Strategien möglich seien und dann in Selbstverpflichtungen auch überprüfbar festgelegt werden könnten.

Noch in diesem Jahr

„Die Industrie weiß, dass es mir ernst ist“, betonte die Ministerin. Laut Koalitionsvertrag soll noch in diesem Jahr ein Konzept erarbeitet werden. Ein erster Anlauf dafür noch in der alten großen Koalition hatte massive Proteste der Branche ausgelöst, auch wenn manche Hersteller selbst ähnliche Programme gestartet haben.

„Reduktionen von Salz, Zucker



„Nährwertangabe“ ist auf der Packung eines Energieriegels kaum lesbar.

und Fett können sicher nicht von heute auf morgen umgesetzt werden“, sagte Klöckner in Berlin. Denn Geschmack sei etwas sehr Prägendes, und Verbraucher hätten sich an bestimmte Zusammensetzungen gewöhnt. „Die Veränderungen müssen deshalb Schritt für Schritt vorgenommen werden.“

Geachtet werden müsse zudem auf Machbarkeit und die Folgen gerade für das Handwerk. „Große Lebensmittelunternehmen können es sich leisten, an neuen Rezepturen zu forschen. Das ist für den Mittelstand viel schwieriger“, erläuterte die Ministerin. „Ich will, dass auch der Dorfbäcker mithalten kann.“

Gut geimpft

facht habe. Im Vorjahr gab es 17000 Fälle in der Gemeinschaft. 50 EU-Bürger starben an dieser Krankheit sowie an Diphtherie.

Das soll anders werden. Bis 2020 will die EU-Behörde eine sogenannte Durchimpfungsrate „von mindestens 95 Prozent bei Masern“ erreichen. Der Status aller Bürger soll systematisch kontrolliert werden – in der Schule ebenso wie am Arbeitsplatz. Außerdem drängt die Union

auf einen einheitlichen Impfpflicht, der auch einen grenzüberschreitenden Austausch der elektronisch gespeicherten Daten ermöglicht. In einem virtuellen Register müssen künftig alle Daten zu den Beständen der diversen Impfstoffe verfügbar sein. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen will Brüssel schulen lassen, damit „sie fachkundig Impfungen verabreichen“ können.

Das ist nicht überraschend. Immer öfter setzt die EU einen ihrer Schwerpunkte auf die Gesundheitspolitik. Die Christdemokraten im Europäischen Parlament zeigten sich ebenfalls in der Vorwoche ehrgeizig. In einem Strategiepapier erklärten sie, die Krebsforschung so zu intensivieren, dass in 20 Jahren kein Bürger der Union mehr an einem Tumor sterben müsse. Mit diesem Versprechen wolle man in den Europa-Wahlkampf 2019 gehen, kündigte der Arzt und CDU-Europaausgewählte Peter Liese an. Ein großes, aber überfülltes Versprechen.

Brüssel und wir

Von Detlef Drewes

heitswesen will Brüssel schulen lassen, damit „sie fachkundig Impfungen verabreichen“ können.

Das ist nicht überraschend. Im-

AUSBLICK AUF DIE WOCHE

Michael Balk,
Ressortleiter Wirtschaft



Die Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Washington zu US-Präsident Donald Trump war kurz, freudlos und hat sich in Sachen Strafzöllen wie Iran-Atomabkommen als „Mission Impossible“ entpuppt. Nach dem glamourösen, aber ebenso erfolglosen Staatsbesuch des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron im Weißen Haus drohen nach China nun auch der EU Strafzölle durch die USA. Stündlich warten die Europäer nun auf die finale Twitter-Ansage Trumps, dass auf Stahl- und Aluminium-Produkte aus der alten Welt ab 1. Mai neue Zölle erhoben werden. Trumps Vergeltungsmaßnahmen für das 150-Milliarden-Dollar Handelsdefizit der USA mit der Europäischen Union. Mit den angekündigten Strafzöllen rüttelt Donald Trump an den Eckpfeilern eines freien Welthandels. Die Situation ist ernst, droht doch eine weitere Eskalation. Denn die Europäer haben sich auf Strafzölle vorbereitet und werden zum Gegenschlag ausholen.

Jeans und Whiskeys

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat bereits Zölle auf amerikanische Whiskeys und Jeans, auf Motorräder und Orangensaft, vielleicht auch auf Erdnussbutter und Rosinen aus Kalifornien angekündigt. Die Europäer sollten eher kühlen Kopf bewahren, die Welthandelsorganisation WTO einschalten und zunächst weiterverhandeln bevor sie zurückschießen. Eine Beschneidung des weltweiten Handels wäre nämlich ein Wach-

tumsdämpfer und damit auch Gift für die Anlagemärkte.

Kurze Beine

Anleger sollten sich jetzt nicht von Spekulationen beeinflussen lassen, denn diese lösen sich oftmals in Schall und Rauch auf. „Man denke nur an die Unsicherheit nach der Trump-Wahl – anschließend stiegen die Aktienmärkte auf neue Höchststände“, beruhigt etwa der Chefvolkswirt der Quirin Bank. Die alte Weisheit „politische Börsen haben kurze Beine“, könnte sich erneut bewahrheiten.

Friedenslieder

Nach der historischen Annäherung der beiden koreanischen Staaten zeichnen sich erste Details einer atomaren Abrüstung ab. Dass in dieser Ecke der Welt plötzlich Friedenslieder gesungen werden und sich die Kriegsgefahr auf einen Schlag in Luft aufgelöst hat, ist das welthistorisch bedeutendste Ereignis des Jahres. Es schafft neue handelspolitische Perspektiven und ist geeignet, auch die Finanzmärkte positiv zu beeinflussen.

Schwarze Bestie

Im Inland ist angesichts des Mai-Feiertages wenig los. Im Fokus steht die Hauptversammlung von Volkswagen. Das spannendste Ereignis aus deutscher Sicht findet in Madrid statt: Das Champions-League Halbfinalrückspiel Real gegen Bayern. Es wird Zeit, dass sich Müller & Co. in der spanischen Hauptstadt wieder mal als „Bestia negra“ (schwarze Bestie) präsentieren – wie zuletzt 2012.

Annuitätendarlehen

Angaben in Prozent Effektivzins, 2,5% Tilgung, 200.000 Euro

Anbieter	5 J.	10 J.	15 J.	Beleihungs-grenze	Kunden-telefon
1822direkt	0,91	1,23	1,60	60%	069/5 05 09 30
Aachener Bausparkasse	0,74	1,30	1,70	60%	0241/47 49 26 80
Allianz	1,23	1,28	1,53	60%	reg. Agenturen
BKM - Bausparkasse Mainz	2,01	2,37	60%	60%	06131/30 33 76
Comdirect	0,85	1,21	1,60	60%	04106/7 08 25 25
Commerzbank	1,21	1,50	1,90	60%	069/98 66 09 00
DebeKa Bausparkasse	1,36	1,87	60%	60%	0261/9 43 48 76
Degussa Bank	0,90	1,21	1,71	60%	069/36 00 38 80
Deutsche Bank	1,09	1,39	1,97	60%	069/91 01 00 00
Enderlein	0,80	1,15	1,50	60%	0521/58 00 40
Evangelische Bank	0,85	1,42	1,94	60%	056178874000
Generali Lebensversicherung	1,60	1,70	1,91	60%	regionales Büro
Hypovereinsbank	0,80	1,15	1,50	60%	0800/5 04 05 06
ING-DiBa	1,26	1,44	1,94	60%	069/50 50 01 09
Interhyp	0,85	1,21	1,60	60%	0800/2 00 15 15 15
LVM-Versicherung	1,06	1,36	1,77	60%	0251/7 02 37 75
Nassauische Spk. Frankfurt	0,96	1,52	1,90	60%	069/1 30 70
Postbank	1,52	1,72	2,08	60%	0228/55 00 20 10
PSD Bank Hessen-Thüringen	0,81	1,20	1,71	60%	06196/9 38 43 60
Santander	1,00	1,29	1,69	60%	0800/8 07 05 10
SparDa-Bank Hessen	1,09	1,22	1,74	60%	069/7 53 70
Steyler Bank	1,08	1,46	60%	60%	02241/1 20 50
Taunus Sparkasse	1,15	1,64	60%	60%	0800/51 25 00 00
Wüstenrot Bausparkasse	1,26	1,70	1,55	60%	01802/31 30 00

Trend beim Baugeldzins: → stagnierend

Stand: 27. 04. 2018

Quelle: biaj.de

Kostenloser Download aller Geldübersichten für unsere E-Paper-Kunden unter www.fnp.de/premium

Maleki: „Made in Germany“ steht bei den Iranern hoch im Kurs

Interview Das Land braucht vor allem westliche Technologietransfers – Tourismus wird ausgebaut – Mögliche Sanktionen als Damoklesschwert

Das iranisch-Europäische Wirtschaftsforum hat in Teheran getagt. Der Frankfurter Impresarios Nader Maleki hat es vor sechs Jahren gegründet, als die Wirtschaftssanktionen des Westens gegen den Iran noch bestanden haben. Unsere Mitarbeiterin Ulrike Keeding hat mit dem Geschäftsführer der Maleki Corporate Group ein Gespräch über Handelsbeziehungen, Sanktionen und Interessenkonflikte mit den USA geführt.

Warum haben Sie ein Wirtschaftsforum in Teheran gegründet?

Als gebürtiger Iraner liegt es in der Natur der Sache, dass ich die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen in eine positive Richtung bringen möchte. Ich habe immer Sehnsucht nach meiner Heimat. Wenn ich schon die Luft in Teheran atme! Ich habe zwar einen deutschen Pass, aber im Herzen bin ich Iraner.

Was ist das Wichtigste für den Wirtschaftsaufschwung im Iran?

Die enge Zusammenarbeit mit dem Westen. Präsident Rohan hat dann bessere Karten. Das Volk wartet darauf. Die konservative Strömung im Iran richtet sich gegen die Öffnung zum Westen. Dennoch

hat Rohan seine zweite Wahl gewonnen. Die hohe Arbeitslosigkeit muss bekämpft und international investiert werden. Das Interesse Europas ist vorhanden.

Welche Bedeutung hat der Handel mit Iran für die deutsche Wirtschaft?

Der Iran ist aufgrund seiner überwiegend jungen, sehr gebildeten Bevölkerung weltweit einer der interessantesten Märkte. Für den deutschen Mittelstand ist er von besonderer Bedeutung, weil deutsche Qualität hoch angeschrieben ist. „Made in Germany“ gilt viel. Die Iraner sind große Fans der Deutschen.

Die Deutschen haben zu Zeiten von Schah Reza Pahlawi viel in den Autobahnbau investiert. Und heute – was exportieren wir in den Iran?

Iran braucht alles. Woran meine Landsleute besonders interessiert sind: Technologietransfer. Sie möchten nicht nur, dass Produkte in ihr Land importiert werden, sondern dass vor Ort investiert wird und sie Know-how bekommen. Größere Verträge mit VW und Siemens sind im Gespräch.

Und umgekehrt: Was importieren wir von den Iranern?

Besonders Erdöl und Erdgas. Die Iraner waren vorm Nuklearabkom-

men vom Export ihrer wichtigsten Rohstoffe abgeschnitten. Als die Sanktionen fielen, war es eine willkommene Einnahme, dass sie wieder auf den Weltmarkt gelangen konnten.

Das Nuklearabkommen ist seit 16. Januar 2016 in Kraft. Zwei Jahre danach – wo stehen wir jetzt?

Ernüchternd! Die anfängliche Euphorie ist verflogen. Das Problem: Man braucht für das Iran-Geschäft die großen Banken, zum Beispiel die Commerzbank oder die Deutsche Bank. Aber die Geldinstitute fürchten die US-Strafen, die sie zahlen müssen, wenn sie mit meinem Heimatland Finanzgeschäfte betreiben. Ich nenne das einen Wirtschaftskrieg gegen den Iran.

Warum lassen wir Europäer uns von den USA unter Druck setzen?

Der US-Kongress hat ein Gesetz verabschiedet, dass den Zahlungsverkehr in Dollar mit dem Iran verbietet.

Deshalb müssen Touristen im Iran mit Bargeld reisen und können nicht mit „Credit Card“ bezahlen?

Genau. Die Amerikaner haben über ihre Währung Gesetzeshektik. In Europa wird der Ölpreis und vieles mehr in US-Dollar abgerechnet. Deswegen bin ich der Befür-

worter einer reinen „Euro-Bank“, die unabhängig von den USA arbeiten kann.

Aber wie geht der deutsche Mittelstand damit um, dass er US-Sanktionen ausgesetzt ist?

Die Unternehmen sind international aufgestellt. Sie finden ihre Wege, an ihr Geld zu kommen, etwa über Dubai, wo es eine ganze Reihe von Banken gibt.



Nader Maleki im Gespräch: „Im Herzen bin ich Iraner.“ Foto: Roessler

Hauptproblem ist, dass Trump das Nuklearabkommen nachverhandeln möchte.

Der US-Präsident hat Teheran bis 12. Mai eine Frist gesetzt. Wenn die iranische Regierung bis dahin nicht einer Verschärfung des Atomvertrags zugestimmt hat, sollen alle Sanktionen wieder in Kraft gesetzt werden.

Die Unternehmer warten jetzt, was passiert. Es bedeutet eine weitere Ungewissheit für sie. Wir wissen ja alle: Präsident Trump ist für Überraschungen gut.

Der US-Präsident will auch die Europäische Union dafür gewinnen. Was halten Sie von diesen Nachverhandlungen?

Malekis Spuren in Frankfurt

Nader Maleki ist ein Netzwerker, wie er im Buche steht. Er hat durch sein Wirken in Frankfurt viele Spuren hinterlassen. Errief Veranstaltungen wie die Finanzplatz-Gala, die Auszeichnung zum „Banker of the Year“ sowie „Frankfurt meets Davos“ ins Leben, um nur einige zu nennen. Vor wenigen Wochen wurde er von Oberbürgermeister Peter Feldmann für sein Engagement mit der Ehrenplakette

Vertrag ist Vertrag. Deshalb stellen sich die Europäer ja interessanterweise hinter den Iran.

Wie sehen Sie die Zukunft Ihres Heimatlandes?

Ich persönlich sehe die Zukunft Irans optimistisch. In Krisenzeiten kommt es darauf an, durchzuhalten. Jeder ist gut beraten, den Iran als stabilisierenden Faktor in sein Kalkül mit einzubeziehen. Meine Heimat ist ein friedfertiges Land. Von Iran ist nie ein Krieg ausgegangen. Iran möchte Frieden haben. Wir müssen in Kontakt miteinander bleiben. Deutsche Unternehmer müssen den iranischen Markt im Auge behalten.

der Stadt ausgezeichnet.

Der 71-Jährige, der in Teheran das Licht der Welt erblickte, sei einer der hervorragendsten Unternehmer Frankfurts. „Er ist jemand, der bereit ist, Risiken einzugehen und Verantwortung zu übernehmen“, lobte der Rathauschef. Maleki ist verheiratet und hat zwei Kinder. „Mein Ziel war immer, Frankfurt als Finanzplatz zu promoten“, erklärte Maleki.